

Ein Balanceakt zwischen Vision und Verschuldung

Am 8. März entscheidet das Stimmvolk über die Volksinitiative für eine gerechte Energie- und Klimapolitik

DAVID VONPLON

■ **Darüber stimmen wir ab:** Die Initiative für eine gerechte Energie- und Klimapolitik verlangt, dass der Bund für die Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen deutlich mehr Mittel einsetzt. Dazu soll er einen Fonds einrichten, in den jährlich 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) fließen. Mit diesen 5 bis 10 Milliarden Franken – so viel wären es gemäss Prognosen im Jahr 2030 – soll der Ausstoss von Treibhausgasen in der Schweiz gesenkt werden und das Land bis 2050 klimaneutral werden.

Laut den Initianten sollen namentlich der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Sanierung von Häusern und die Elektromobilität mit zusätzlichen Mitteln aus dem Topf forciert werden.

Klimafonds-Initiative

Eidgenössische Abstimmung
vom 8. März 2026

Auch sollen Aus- und Weiterbildungen für Fachkräfte unterstützt werden, die für die Umsetzung der Massnahmen benötigt werden. Die Initiative verlangt zudem, dass Finanzierung und Umsetzung sozial gerecht ausgestaltet werden.

■ **Darum ist die Vorlage von Bedeutung:** Die Schweiz ist von der Klimaerwärmung stärker betroffen als andere Länder. Gemäss dem Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie schreitet die Erwärmung hierzulande doppelt so schnell voran wie im globalen Durchschnitt. Die Folge: Gletscher schmelzen, Hitzetage nehmen zu, und Überschwemmungen werden häufiger.

Der Klimawandel verursacht dabei enorme Kosten für Wirtschaft und Gesellschaft. Wird er nicht gebremst, könnten diese gemäss einer Studie des Bundesrats 2060 bis zu vier Prozent der Wirtschaftsleistung des Landes betragen. Steigen die Temperaturen gegenüber der vorindustriellen Zeit um 3 Grad, liegen die Wohlstandseinbussen gemäss einem Forschungsüberblick aus dem Jahr 2025 zwischen drei und 9 Prozent.

Als Antwort auf den Klimawandel hat sich die Schweiz mit der Unterzeichnung des Pariser Übereinkommens verpflichtet, eine Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad anzustreben.

Die Schweiz will ihre Treibhausgasemissionen bis 2050 auf netto null reduzieren – ein Ziel, das die Stimmbevölkerung 2023 an der Urne bestätigt hat. Um das Netto-Null-Ziel zu erreichen, sind allerdings erhebliche Investitionen in den Umbau der Wirtschaft und der Stromversorgung nötig. Auch die Entnahme und Speicherung von CO₂, die der Bundesrat vorantreiben will, ist sehr teuer.

Stand heute gibt der Bund jährlich 2,5 Milliarden Franken für den Klimaschutz und die Förderung der Biodiversität aus. Wird die Klimafonds-Initiative angenommen, müsste er für die Klima- und Energiepolitik jährlich zwei- bis viermal mehr Geld bereitstellen. Die Initiative lässt offen, woher das Geld für den neuen Topf kommen soll. In den Übergangsbestimmungen halten die Initianten fest, dass der Klimafonds an der Schuldenbremse vorbei finanziert werden kann. Die Ausgaben könnten daher über neue Schulden finanziert werden. Unter Anrechnung der bisherigen Bundessubventionen lägen die Zusatzkosten des verlangten Klimafonds bei etwa 2,5 bis 7,5 Milliarden Franken pro Jahr.

■ **Das sind die Argumente der Gegner:** Weil er nicht der Schuldenbremse unterstellt ist, befürchten die Gegner der Initiative, dass der Klimafonds zu einer zusätzlichen Verschuldung des Bundes führt – und das in einer ohnehin angespannten Situation des Bundeshaushalts. Sie weisen darauf hin, dass Schulden nur temporär möglich seien und letztlich höhere Steuern zur Folge hätten. Berechnungen des Bundes zufolge müsste die Mehrwertsteuer um bis zu 2,5 Prozentpunkte angehoben werden. Die Mehrbelastung für einen Haushalt mit durchschnittlichem Einkommen würde pro Jahr bis zu 1280 Franken betragen.

Ebenfalls kritisieren die Gegner, dass mit einer Annahme der Initiative die Verantwortung für das Erreichen der Klimaziele stärker dem Staat übertragen würde. Private und Unternehmen hätten damit einen geringeren Anreiz, ihren Treibhausgasausstoss zu reduzieren. Mit dem Klimafonds entstehe zudem eine riesige Subventionsmaschine. Das erhöhe das Risiko, dass das Geld nicht dorthin fliesse, wo es am meisten gebraucht werde, monieren die Kritiker. Unterstützt würden auch Projekte, die

ohnehin realisiert würden.

Hinzu komme, dass die Kosten des Klimaschutzes nicht mehr wie heute in erster Linie von den Verursachern getragen würden. Statt zu bezahlen, könnten ausgerechnet grosse Emittenten von Bundesmitteln profitieren.

Gegen die Initiative stellen sich die bürgerlichen Parteien, inklusive der Grünliberalen. Im Parlament waren letztere erfolglos für einen indirekten Gegenvorschlag mit stärkeren Lenkungsabgaben eingetreten. Ebenfalls lehnen die Wirtschaftsverbände das Volksbegehren ab; auch Swis cleantech hat die Nein-Parole beschlossen – obwohl der Verband eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft als Ziel formuliert.

■ **Das sind die Argumente der Befürworter:** Die Befürworter der Initiative – SP, Grüne, EVP, die Gewerkschaften sowie die Mitte-Frauen – machen geltend, die Schweiz sei weit davon entfernt, das Netto-Null-Ziel bis 2050 zu erreichen. Nicht zuletzt werde der Klimaschutz durch das Sparpaket des Bundesrats geschwächt, etwa durch einschneidende Kürzungen beim Gebäudeprogramm, das energetische Sanierungen unterstützt.

Laut den Verfechtern der Initiative braucht es deshalb zusätzliche Investitionen in den Klimaschutz. Sie betonen, dass sie den Schwerpunkt lieber stärker auf eine konsequentere Bepreisung von Treibhausgasen legen würden. Doch seien die politischen Widerstände dagegen zu gross – deshalb brauche es Subventionen. Hinzu komme, dass künftig mehr öffentliche Gelder für Schäden bereitgestellt werden müssten, die der Klimawandel verursache. Dies gelte auch für Kantone und Gemeinden, die für die Anpassung an den Klimawandel tief in die Tasche greifen müssten. Da viele von ihnen damit überfordert seien, brauche es zusätzliche Mittel aus dem Fonds. Dass der Klimafonds längerfristig den Bundeshaushalt in Schieflage bringen könnte, bestreiten die Befürworter. Mit zeitnahen Investitionen in eine moderne und klimaneutrale Infrastruktur würden dem Bund künftig höhere Ausgaben erspart. Insgesamt werde die Wirtschaftsleistung der Schweiz gestärkt, weil das Land besser an die Klimaveränderungen angepasst sei.